

Die internationale Verbrecherbande an der Arbeit

Moskau, 8. Januar 1928.

Die Prawda veröffentlicht zwei Briefe, die der russische Weingardist, Baron Grewentz, der sich als finnlandischer Vertreter der russischen Monarchisten bezeichnet, an den in Paris lebenden ehemaligen zaristischen Vorkämpfer Giers gerichtet hat. Diese Briefe werfen ein neues Licht auf das verbrecherische Treiben der Weingardisten und auf ihre Beziehungen zu den Regierungen der baltischen Staaten.

In dem vom 23. November aus Wiborg datierten Briefe berichtet Grewentz, er sei anlässlich einer Unterredung gegen einige russische Monarchisten von Helsinki, dem Präsidenten der finnischen Republik, empfangen worden, mit dem er eine längere Unterredung über die Beziehungen zwischen dem künftigen neuen Rußland und den baltischen Staaten hatte.

Gemäß den Anweisungen — heißt es in dem Briefe Grewentz' —, die der Brief Curer Eggelens vom 6. August Nr. 559 enthält, erlaube ich mir, auf einen gewissen Unterschied zwischen unseren Beziehungen zu Lettland und Estland einerseits und Finnland andererseits hinzuweisen. Ich unterstreiche, daß in Bezug auf diese Staaten keine Maßnahmen zu ihrer gewaltsamen Vereinigung mit Rußland ergriffen werden sollten, daß aber wohl nach einer gewissen Zeit Lettland und Estland aus wirtschaftlichen Gründen freiwillig den Wunsch nach Wiedervereinigung mit Rußland äußern werden.

Der finnische Präsident gab seinen Bedenken Ausdruck, daß sich ein starkes Rußland mit dem Bestehen eines unabhängigen Finnland nicht abfinden werde. Grewentz versuchte die Bedenken des Präsidenten zu zerstreuen, und er erfuhr Giers, er möge seine diesbezüglichen Erklärungen durch irgendein durch ihn unterzeichnetes Dokument oder durch einen Brief an Grewentz bestätigen.

In dem zweiten, vom 15. Dezember aus Wiborg datierten Briefe berichtet Grewentz, daß seine Schritte zur Verhinderung der Ausweisung des Obersten Grigorjew und des Leutnants Schmesjow erfolglos geblieben sind, was, wie er vom Chef der politischen Polizei erfuhr, zum Teil auf ungeschickte Auslegung Grigorjews zurückzuführen sei.

Was Larjonow anbelangt — schreibt Grewentz —, der seinerzeit die Bombe in den kommunistischen Klub Lenin-grads warf, so ver sprach mir das Innenministerium, meiner Bitte, ihn zu enthalten, Folge zu leisten, wobei er sich irgendwo im Lande niederlassen soll. Bei der endgültigen Entscheidung dieser Frage im Reichsrat traten Komplikationen ein, deren Folge war, daß Larjonow nach Danzig ausgewiesen wurde, wozu kein Visum erforderlich war. Auf meine Bitte erhielt jedoch Larjonow das Häuflein nach Finnland, dessen er sich auch bediente, und er hält sich zurzeit wieder in Helsinki auf.

Grewentz fügt hinzu: „Im Außenministerium wurde mir erklärt, daß eine derartige Lösung der Frage lediglich deshalb notwendig gewesen sei, damit die finnische Regierung der Vertretung der Sowjetunion mitteilen konnte, daß Larjonow ausgewiesen wurde.“

Die Prawda führt zu dem von ihr veröffentlichten Briefwechsel Grewentz-Giers folgendes aus: Dieser Briefwechsel beschäftigt aufs neue die Feststellung der Sowjetpresse bezüglich der Unterdrückung, die seitens mancher baltischen Staaten den sich aktiv beteiligenden russischen Emigranten gewährt wird. In diesen Staaten, insbesondere in Lettland und Finnland, ist der englische Einfluß vorherrschend. Demgemäß trägt in der letzten Zeit die Einstellung dieser Staaten gegenüber der Sowjetunion einen immer feindseligeren Charakter. Um so freundschaftlicher aber ist ihr Verhalten zu den Emigranten.

Die Prawda weist darauf hin, daß Staatsoberhäupter ausländische Vertreter nur in außerordentlichen Fällen zu empfangen pflegen. Der Vertreter der russischen Monarchisten hat jedoch beim Präsidenten der finnischen Republik freien Zutritt.

Die Prawda führt einen Antwortbrief von Giers auf das Ansuchen Grewentz' an, Giers möge beruhigende Erklärungen bezüglich der Haltung des künftigen neuen Rußlands gegenüber dem unabhängigen Finnland abgeben. Giers antwortet: „Niemand hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Recht, im Namen Rußlands zu sprechen.“ Die Prawda erblickt in dieser Äußerung Giers' die direkte Weigerung, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten anzuerkennen.

Die Sowjetunion — heißt es weiter in dem Artikel der Prawda — wird nicht zulassen, daß in ihren Grenzen weingardistische Emigranten ungestraft terroristische Akte vorbereiten. Für die verbrecherische Tätigkeit weingardistischer Abenteurer tragen jene Länder Verantwortung, die diesen Zustucht und Unterstützung gewähren.

Anschluß an die Gewerkschaften der UdSSR

Moskau, den 8. Januar 1928.

Gemäß dem Beschlusse des norwegischen Gewerkschaftskongresses, mit den Gewerkschaften der Sowjetunion und Finnlands zusammenzuarbeiten, stellte der norwegische Gewerkschaftsrat beim Zentralrat der Sowjetgewerkschaften den Antrag, am 10. Februar in Berlin eine gemeinsame Konferenz der Gewerkschaften der Sowjetunion, Norwegens und Finnland abzuhalten. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion hat diesem Antrage zugestimmt.

Die Konferenz wird folgende Fragen behandeln: Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung; der Kampf gegen den Krieg; Abschluß eines Freundschaftsabkommens über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe.

Zusammenbruch der Regierungskampagne gegen die unabhängigen Gewerkschaften

Nach den Feststellungen der bulgarischen Presse wurde bei den anlässlich eines Polizeiberichtes auf das Gebäude der unabhängigen Gewerkschaften in Sofia beschlagnahmten Dokumenten der Gewerkschaftsarchiv „nichts Befremdendes vorgefunden“. Also eine schändliche Blamage der Polizei- und Regierungsfreie! So heißt also die angelobte „große bolschewistische Veranschaulichung“ in Wirklichkeit aus.

Trotzdem fordert das Regierungsorgan (gleichzeitig Organ des Finanzkapitals) „Stowo“ die Auflösung der unabhängigen Gewerkschaften.

Obwohl also nichts Befremdendes gefunden wurde, läßt die Polizei an, sie werde aus dem beschlagnahmten Archivmaterial der unabhängigen Gewerkschaften eine Broschüre zum — internen (!) Gebrauch der Regierungsabgeordneten herausgeben. Wenn man dabei bedenkt, daß die Polizeidirektion — nach den bisherigen Erfahrungen kann man nichts anderes annehmen —

nicht vernachlässigt wird, einige gefälschte Dokumente ihrer Broschüre beizufügen, so ergibt sich ein gutes Bild der Willkürherrschaft der Polizei.

Vorläufig also ist — wohl hauptsächlich dank der erbitterten Stimmung breiter Volksschichten — vor allem der Arbeiter über das niederträchtige propagatorische Vorgehen gegen die Arbeitergewerkschaften — der Anschlag der Regierung als gescheitert anzusehen. Aber — und die Stellungnahme der Regierungspresse bekräftigt uns darin — die Gefahr eines vernichtenden Schlags gegen alle Arbeiterorganisationen besteht weiter, und die Öffentlichkeit sowohl in Bulgarien als im Auslande muß bereit sein, jederzeit durch ihre Stimme des Protestes der bulgarischen Regierung bei ihren reaktionären Maßnahmen in die Arme zu fallen.

Der Hungerstreik im Belgrader Polizeigefängnis mit Erfolg beendet

Die politischen Gefangenen des Belgrader berühmten Polizeigefängnisses, gegenwärtig 30 an der Zahl, unter ihnen zahlreiche Jugendliche, Intellektuelle und Arbeiterführer (Keršovani, der Sekretär des jugoslawischen Antiterrorkomitees, Golo Samardjic, Gregor Bujovic, Kotur, Dr. S. Markovic, Lazar Stefanovic u. a.), die Ende Oktober verhaftet wurden unter der Beschuldigung, kommunistische Propaganda betrieben zu haben, traten am 22. Dezember zum Protest gegen die unerträglichen Schikanierungen der Polizei in den Hungerstreik.

Die politischen Gefangenen stellten ihre Forderungen in vier Punkten an den Polizeipräsidenten. Sie forderten u. a. die Ueberführung des furchtbar gefolterten jugoslawischen Arbeiters Gulo aus der sogenannten Eiszelle in eine gewöhnliche Zelle, die Erlaubnis, Bücher und Zeitungen zu lesen, sowie als Hauptforderung die Ueberstellung von der Polizei an das Gericht.

Nach dreitägigem Hungerstreik versprach der allmächtige und berühmte Belgrader Polizeipräsident Manollo Lazarevic, die Forderungen der politischen Gefangenen zu erfüllen und sie noch im Laufe des Monats Dezember dem Gericht zu überstellen. Daraufhin haben die politischen Gefangenen den Hungerstreik abgebrochen.

Diese zahllosen Hungerstreiks in der letzten Zeit im Belgrader Polizeigefängnis, der „Glasnjaca“, werfen ein grelles Licht auf die dort herrschenden Zustände. Sie sind eine Mahnung für die fortschrittlich gesinnten Kreise Europas, unter der Kontrolle ihrer Organisationen und der Arbeiterschaft eine gründliche Untersuchung der herrschenden Gefängniszustände durch eine internationale Enquete-Kommission durchzuführen.

Winferton-Spigel an der Arbeit

Durch die Wachsamkeit einiger Arbeiter war es vor kurzem möglich, den Hauptagenten der Winferton-Gesellschaft, den in unserer Zeitung bereits oft gekennzeichneten Willi Heinrich aus Berlin, zu stellen. Vor Angst, mit Arbeiterhäufen Bekanntschaft zu machen, überließ der Keel seine Aktenkassette den Arbeitern und stüchelte. Wir gelangten dadurch in den Besitz einer großen Anzahl von Betriebsberichten, die dieser Heinrich im Auftrage der Winferton-Gesellschaft abgefaßt hat, und sonstiger wichtiger Schriftstücke, die einen Einblick in die Geschäftspraktiken der Winferton-Gesellschaft und die Arbeitsmethoden des Spiegels ermöglichen.

Arbeitsmethoden des Spiegels

Meistens machen sich der Heinrich oder ein gewisser Ciesnowski (gleichfalls Agent der Winferton-Gesellschaft) an ein Mitglied des Betriebsrates oder einen bekannten Kommunisten, der ihm zuvor von der Direktion des betreffenden Unternehmens namhaft gemacht wurde, heran. Sie stellen sich dabei meistens als Redakteur oder Korrespondent einer kommunistischen Zeitung vor, geben sich manchmal auch als Mitglied einer Aus-

Verhärfung des Kampfes zwischen Wapitschew und Zankoff

Die gesamte bulgarische Presse konstatiert die schändliche Niederlage und die Beschimpfung des Ministerpräsidenten Wapitschew auf dem Kongress des Regierungsjugendverbandes. Auf diesem Kongress ging es sehr lebhaft zu. Wapitschew wurde durch Lärm am Reden gehindert, aber auch der Minister K. Georgiew, ein Anhänger Zankoffs, wurde von Freunden Wapitschews auf der Tribüne mit Niedertritten bedacht.

Wapitschews Leiborgan „Bresnora“ charakterisiert den Kongress als einen der „unverantwortlichen Elemente“. Und in der Tat: die Delegierten dieses Jugendkongresses — meist Jugendliche im Alter über 30 Jahre — waren grobenteils Detektivs und Polizeiangestellte.

Im Zusammenhang damit wurden Gerüchte verbreitet über eine bevorstehende Demission Wapitschews und über Vorbereitung eines Ueberfalles auf den König; letzteres um den König einzuschüchtern.

Während die Regierungspresse den Ausweg aus der gegenwärtigen Lage in einer Rekonstruktion sieht, verlangt die Opposition die Demission der Gesamtregierung Wapitschew. Jedenfalls sind größere Ueberfaltungen in der nächsten Zeit durchaus im Bereiche der Möglichkeit.

Das neue Waffenscheingeseß

Das neue Waffenscheingeseß verlangt die Erhebung einer Statistik aller Schützen, die im Arbeiter-Schützenbund, im Deutschen Schützenbund oder Republikanischen Kriegerbund organisiert sind. Vereine, die eine dazu ausgegebene Kartothek nicht bis 1. Februar ausgefüllt und an ihre Zentralvorstände abgeliefert haben, laufen Gefahr, daß ihnen vom Reichsamt die Schießerlaubnis entzogen wird.

Die Bourgeoisie versucht damit alle Schützen unter ihre Kontrolle zu stellen.

Die „heilige“ Reil auf dem Kriegspfad

Das Geschäft hat sich anscheinend bezahlt gemacht. Die Reil von Konnersreuth kann klagen. Gegen fast ein Duzend Zeitungen wurde bereits Strafmandat wegen Beleidigung, Ueberredung und Verleumdung wider beherrschtes Wissen gestellt. Auch die Nordbayerische Volkszeitung wurde nicht verschont. Die Reil läßt sich in ihrer Jungfernehe gekränkt, weil behauptet worden war, daß sie die Mutter eines unehelichen Kindes sein solle. Die Konnersreuther Heilige und ihre Hintermänner wittern Vorkauf. Der Staatsanwalt erhebt Anklage wegen Religionsvergehen, die Reil wegen Beleidigung.

Rom ist heute in Deutschland und insbesondere in Bayern Trumpf, deshalb kann man sich alle Frechheiten herausnehmen. Ob es nicht zweckmäßiger wäre nachzulorschen, woher die Gelder für die Privatklagen kommen? Das Geschäft ist gemacht, weshalb soll man nun nicht einige Tausende von Mark springen lassen, um lästige Gegner zu erledigen?

land-Delegation oder ähnliches aus. Da sie sich in der Regel zuvor durch Zeitungen einen gewissen Ueberblick über die jüngsten Vorgänge im Betriebe — selbstverständlich werden sie auch von den Direktionen informiert — verschaffen, können sie in ihren Gesprächen an diese Vorgänge anknüpfen und nähere Einzelheiten dann aus den betreffenden Genossen oder Kollegen herauslocken.

Eventuelle Schwierigkeiten versuchen sie mit Hilfe gefälliger Ausweise zu überwinden, die oft derart plump gefälscht sind, daß man ihnen dies schon von weitem ansieht. So legitimierte sich der Heinrich einmal mit einer Karte, die mit „Nachrichten-Zentrale KPD“ unterzeichnet war.

Falsche Berichte

Die Winferton-Agenten nehmen es allerdings auch mit der Abfassung der Berichte, die sie im Auftrage ihrer Gesellschaft für die einzelnen Unternehmungen abfassen, nicht sehr genau. Sie sehen, da sie für ihr Geld doch etwas leisten müssen, alle Namen, die sie irgendwie in Erfahrung bringen können, auf die Liste der „Geheimen Mitglieder“ der kommunistischen Zelle. Uns liegt eine Reihe von Berichten vor, in denen auf diese Weise Personen namhaft gemacht wurden, die in ihrem Leben noch nie unserer Partei angehört. Zur Fälschung der Berichte wird — es liegen uns entsprechende Beweise vor — der Winfertonagent indirekt vom Direktor der Winferton-Gesellschaft angestiftet.

Abwehr

Durch die Bezirksleitung wird den Betriebszellen, von denen bekannt ist, daß in zurückliegender Zeit ein Winferton-Agent einen Bericht über sie ausarbeitete, noch eine besondere Mitteilung zugehen. Es ist unbedingt notwendig, daß jede dieser Zellen daraufhin Stellung nimmt und überprüft, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um in Zukunft das Eindringen von Winferton-Subjekten zu vermeiden. Unseren Genossen muß größte Vorsicht in Gesprächen mit Betriebsfremden eingeschärft werden. Personen, die sich als Berichterstatter oder Beauftragte von höheren Parteileitungen vorstellen, die sich nicht einmündig legitimieren können und die nicht durch die zuständige Parteileitung angemeldet sind, darf keinerlei Auskunft über Tätigkeit der Zelle und Betriebsverhältnisse gegeben werden. Unsere Genossen sollen die „Politik“ am Biertische bleiben lassen, denn einen Teil ihrer Auskünfte beziehen die Winferton-Subjekte aus den Kneipen. Daneben ist notwendig, daß unsere Genossen in den Fällen, wo tatsächlich Denunziationen durch einen Spigel erfolgten, veranlassen, daß im Betriebsrat Stellung genommen wird. Der Betriebsrat, die freigewerkschaftlichen Funktionäre, die sozialdemokratischen Arbeiter müssen zur gemeinsamen Abwehr aller Vorstöße der Direktion auf Grund von Winferton-Berichten (Entlassungen, Verhaftungen usw.) gewonnen werden. In den Betriebszellen, in der örtlichen Parteileitung, in Versammlungen ist in breiter Front die Tätigkeit der Winferton, ihr Zusammenarbeiten mit den Werksleitungen, zu behandeln und so eine Massenstimmung gegen diese Subjekte zu schaffen.

Der Proteststurm wirkt

Der Prozeß gegen Becker verlagert. Verhärfert den Kampf Berlin, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Hochverratsprozeß gegen Johannes H. Becker ist plötzl. von nächstem Montag, wo die Verhandlung angeht war, auf einen neuen Termin, den 15. März verlagert worden. Der Proteststurm scheint schon gewirkt zu haben, wenn auch die Schlichterung der Schriftsteller, die Verbote und Beschlagnahme von Schriften, die Verhinderung des Betriebes und die Hausdurchsuchungen weitergehen. Becker hat abgedankt. Sein Nachfolger fürchtet scheinbar eine Blamage und will noch mehr Material heranholen. Wir aber müssen den Kampf gegen die Klassenjustiz mit aller Entschiedenheit fortsetzen, die vollständige Aufhebung des Prozesses erreichen.

ACHTUNG!
AUS DER PROVINZ WIRD UNS GESCHRIEBEN:
Günterling, den 1/1. 28
Nach Genossen!
Ich habe fünf, sechs
und siebenmal nach dem
Informationsmaterial zu
Liesnowski, dem ich ich für
ein Funktionär in der
Kommunisten von besonderer
wichtiger Bedeutung, und
wichtige Probleme, mich für
eingesetzt in der Parteileitung
oder für einen Genossen befragt
soll werden können.
Es fällt mir aber immer
immer schwerer die 1. 16 abzu-
geben, da ich für 2. 16
von mir selbst für 2. 16
zu aber den Betrag in
Liesnowski 16 ab-
geben.
Mit dem. Größ
L. Günterling

DAS INFORMATIONS-MATERIAL
ist zu bestellen bei der Geschäftsabtlg.
des Z.K. d. KPD Berlin, Kl. Alexanderstr.
28, gegen Überweisung von 3.-Mk. Jahres-
abonnementspreis auf das Postcheckkonto
Hugo Eberlein Berlin Nr. 30 439. Ordner-
mappen werden gratis geliefert.
Bestellt sofort!